Ratsherr Böning

(Antrag Nr. 0357/2008)

Eingereicht am 04.02.2008 um 14:53 Uhr.

Ratsversammlung

Antrag von Ratsherrn Böning zum Anbringen der Deutschlandfahne und Bild des Bundespräsidenten vor bzw. in städtischen Gebäuden

Antrag,

der Rat möge beschließen:

Vor jeder staatlichen Schule sowie vor jedem städtischen Dienstgebäude in Hannover wird (soweit noch nicht vorhanden) ein Fahnenmast mit der Deutschlandfahne angebracht.

Im Eingangsbereich aller staatlichen Schulen und aller Behörden in Hannover wird an einer repräsentativen Stelle das Bild des amtierenden Bundespräsidenten aufgehängt.

Begründung:

Die deutsche Fahne ist auch das Symbol für eine Demokratie, auf die wir in diesem Land zu recht sehr stolz seine können.

Die Deutschlandfahne ist ferner etwas, mit dem sich alle Einwohner dieses Landes identifizieren können. So, wie sich z.B. die Amerikaner mit "Stars and Strips" identifizieren, so identifizieren sich die Deutschen mit der Deutschlandfahne. Sehr deutlich wurde dieses 2006 während der Fußball-WM.

Durch das Aufhängen der D-Fahne (die Fahne des eigenen durch und durch demokratischen Landes!) und des Bundespräsidenten-Bildes (als Staatsoberhauptdieses demokratischen Landes!) in den Schulen würden sich alle Schüler schon von Beginn an viel mehr mit dem Land, in dem sie leben, identifizieren.

Wenn sich alle Einwohner eines Landes wirklich auch mit ihrem Land identifizieren und sich "dazugehörig" fühlen, gäbe es nach Meinung der WfH auch weniger Probleme mit der Integration und mit der Bildung sog. Parallelgesellschaften.

Natürlich ist auch der WfH bewusst, dass das bloße anschauen von D-Fahne und Bundespräsidenten-Bild nicht automatisch die Integration verbessert.

Aber immerhin ist es eine (von vielen) Möglichkeiten, die zur verbesserten Integration

beitragen *könnte* .

Man sollte sie daher nicht ungenutzt lassen!

In anderen Ländern wie z.B. den USA, Frankreich oder Dänemark ist es übrigens eine völlig normale Selbstverständlichkeit, die Fahne des eigenen Landes und ein Bild des jeweiligen Staatsoberhauptes wie oben beschrieben zu präsentieren.

Die Umsetzung dieses Antrages wäre auch ein weiterer Schritt in Richtung Normalität und unverkrampfterem Umgang mit der eigenen Nation.

Hannover sollte diesen Schritt wagen und nicht aus ideologischen und / oder parteipolitischen Gründen diese Möglichkeit ungenutzt lassen.

Jens Böning

Hannover / 05.02.2008